

Calmer Tagblatt

Nr. 127

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

98. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 6mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die Zeile 25 Pf., Familienanzeigen 150 Pf., Reklamen 600 Pf. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Preispr. 9

Montag, den 4. Juni 1923.

Bezugspreis: In der Stadt mit Lieferlohn 4200 Pf., monatlich, Postbezugspreis 4200 Pf., ohne Bestellgeld, Einzelnummer 200 Pf., Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Der Tod des württ. Ministers Graf hat zu Veränderungen im Ministerium Anlaß gegeben. Die Sozialdemokratie hat anscheinend das Ressort des Innenministers gewünscht, was ihr jedoch von den beiden andern Koalitionsparteien nicht zugestanden worden ist. Es wurde nun der Posten wiederum mit einem Angehörigen der Zentrumsparlei besetzt, nämlich dem bisherigen Justizminister Holz, und für diesen wurde ebenfalls ein Zentrumsanhänger, der Kanzleidirektor im Justizministerium, Beyerle, übrigens ein Fachmann, zum Justizminister bestellt. Da der Sozialdemokratie nicht der von ihr infolge des Zusammenschlusses der Mehrheitssozialisten und Unabhängigen gewünschte erweiterte Einfluß im Kabinett gewährt wurde, hat sie die weitere Befestigung in der Regierung abgelehnt. Wir haben also jetzt ein Minderheitskabinett, das sich aber wohl von Fall zu Fall auf die Parteien von rechts und links wird stützen können.

Die Franzosen lassen in der letzten Zeit nochmals alle Mienen ihrer fabelhaften politischen Theaterregie springen, um sich für die kommenden Entscheidungen sowohl im Inland wie Ausland eine günstige Stimmung zu schaffen. Sowohl der Präsident der Republik wie Poincaré haben die Gelegenheit von Denkmalsentwürfen benützt, um die Politik der französischen Regierung in der bekannten verleumderischen und heckerischen Art zu begründen.

Gleichzeitig wird im besetzten Gebiet nochmals alles versucht, die Bevölkerung durch Gewaltakte zur Verzweiflung zu treiben, um einen Grund zu noch schärferen Zwangsmahnahmen gegen Deutschland zu erhalten.

Von Brüssel und London kommen Nachrichten, als wolle man dort dem französischen Gewaltsystem endlich entgegen treten, und versuchen, eine Lösung der Reparationsfrage herbeizuführen, ehe es zu spät ist.

Erhöhte Stimmungsmache Frankreichs.

Ein Denkmal der französisch-amerikanischen Freundschaft.

Millerand für den Kampf bis zum Ende.

Paris, 3. Juni. Heute wurde in Anwesenheit des amerikanischen Botschafters in Chaumont an der oberen Marne ein Denkmal zu Ehren der französisch-amerikanischen Freundschaft errichtet. Millerand und Poincaré wohnten der Feier bei. Gestern abend hielt Millerand in Chaumont im Beisein des amerikanischen Botschafters eine Rede, in der er im Hinblick auf die Befreiung des Ruhrgebietes erklärte, Frankreich wolle, daß die Regierung bis zum Ende gehe. Es wolle, daß die überreichen und maßlosen Opfer, die gebracht worden seien, nicht vergeblich blieben. Wenn dieser Krieg der letzte sein solle, wie die Toten es verlangten, so müsse der Frieden auch ein wirklicher Frieden sein. — Das heißt ein solcher Friede, der Deutschland für alle Zeiten macht- und kraftlos macht.

Poincaré's übliche Redensarten.

Paris, 3. Juni. Anlässlich der Errichtung des Denkmals zur Erinnerung an die amerikanisch-französische Freundschaft in Chaumont verlas heute der amerikanische Botschafter Herrick eine Botschaft des Präsidenten Harding, in der dieser die Hoffnung ausdrückt, daß die Freundschaft zu den Vereinigten Staaten, die auf dem Boden Frankreichs im Kampfe für die Freiheit (?) erneuert worden sei, eine dauernde sein werde, die sich im Laufe der Jahre noch verstärke. Der amerikanische Botschafter sagte am Schlusse einer längeren Rede: Die Gefahren, denen wir heute gegenüberstehen, sind anderer Art als im Krieg, aber sie sind genau so groß. Unsere Führer liefern jetzt die riesenhafte Friedensschlacht, von der künftig die Ruhe der Welt, die Ruhe nicht allein der Siegerländer, sondern auch der Besiegten abhängt. — Ministerpräsident Poincaré erinnerte in einer längeren Rede an die Ereignisse, die die Vereinigten Staaten veranlaßt haben, in den Krieg einzutreten. Weiter sagte er, Amerika war durch den Pakt vom September 1914 durchaus nicht gebunden und hatte also das Recht, einen Sonderfrieden abzuschließen. Es hat sich den Versailler Vertrag nicht zu eigen gemacht. Es glaubte, daß, nachdem es sein Schwert in die Schale der europäischen Waage gelegt und dazu beigetragen hatte, daß sie sich dem Recht zu weigerte, nicht länger mehr zu eng in die bewegte Politik in der Alten Welt einlassen zu dürfen. Es hat sich zurückgezogen, ohne uns seine alte Freundschaft zu entziehen, indem es sich von seiner

natürlichen Sympathie für Frankreich durch die erbitterte Propaganda, die Deutschland seit Beendigung des Krieges wieder in den Vereinigten Staaten betreibt, nicht abbringen ließ. Poincaré kam dann nach einem längeren Hinweis auf die Teilnahme der amerikanischen Wissenschaft an der Pasteurfeier in Straßburg und einer bedeutungsvollen Unterstreichung, daß die dort anwesenden schwarzen Truppen den amerikanischen Gelehrten Gelegenheit gegeben hätten, sich von ihrer Disziplin zu überzeugen, auf die Ruhrbefreiung zu sprechen. Er sagte, Amerika habe die gegen die schwarzen Truppen geschleuderten perfiden Anklagen, diese schamlosen Dummheiten, vor sich gewiesen und als Frankreich ins Ruhrgebiet einmarschiert sei, habe es nicht einen Augenblick geglaubt, daß Frankreich und Belgien von Eroberungswut befallen seien. Mit bewundernswertem praktischem Sinn, der die Amerikaner auszeichne, habe Amerika im Gegenteil geglaubt, daß Frankreich vollkommen im Recht sei, wenn es, um den Friedensvertrag auszuführen, auf sich selbst zähle. Die Amerikaner würden sich nur schwer erklären können, wenn Frankreich, das durch den Sieg der Waffen nicht das erzielt habe, was es erhoffte, gezögert hätte, im Rahmen des Friedensvertrages die erforderlichen Mahnahmen zu ergreifen, die Deutschland zwingen, seine Verpflichtungen zu erfüllen. Die Amerikaner würden es auch nicht begriffen haben, wenn Frankreich die Bevölkerung der verwüsteten Gebiete im Elend lassen würde, ohne von Deutschland, dessen sämtliche Städte vollkommen im Takt seien, die Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen zu verlangen.

Millerands Sehnsucht nach einer neuen Allianz mit Rußland.

Paris, 4. Juni. Nach der Denkmalsentwürfung in Chaumont fand ein Festmahl statt, in dessen Verlauf der Präsident der Republik, Millerand, eine Rede hielt. Wenn Frankreich im Ruhrgebiet steht, erklärte er, so sei es nur die Loyalität Deutschlands, die es nach dort gebracht habe. Es heiße bewußt die Ansichten und das Vorgehen Frankreichs entstellen, wenn man die Ruhraktion auf Eroberungs- und Rachegefühle zurückführe. Die Wahrheit sei einfach, daß Frankreich wolle, daß der Besiegte, nachdem er den Krieg entsetzt habe, seine Verpflichtungen erfülle und seine Verbrechen wiedergutmache. Frankreich sei entschlossen und werde nicht weichen, weil es sich auf die Gerechtigkeit stütze. Die französische Republik trage im Jahre 1923 ebensowenig militärische oder annektonistische Pläne wie im Jahre 1914 und wie von 1870 bis 1914. Die Geschichte werde ihr die Anerkennung nicht versagen, daß ihre Außenpolitik sich unaufhörlich von denselben Idealen leiten lasse, die Sicherheit Frankreichs auf der Grundlage des Weltfriedens zu stärken. Zu diesem Zweck hätten die Präsidenten der Republik, die französischen Ministerpräsidenten und die Außenminister in vollem Einklang mit der Auffassung des Parlaments ihre Ehre dafür eingesetzt, die französisch-russische Allianz anzuknüpfen, zu befestigen und ausreicht zu erhalten. Nach einem Hymnus auf Delcassé sagte Millerand weiter, Frankreich sei weder vergeßlich noch undankbar und es spreche den heißen Wunsch aus, daß Rußland sich bald erhole und von dem Alpdruck befreit werde, der fast fünf Jahre auf ihm lastete. Es erinnere sich dankbar auch der Hilfe, die ihm in fraglicher Stunde von jenseits des Meeres gekommen sei.

Faschistische Anschläge in Frankreich.

Paris, 2. Juni. Wie der „Matin“ mitteilt, hat der vorgestern abend auf die drei Abgeordneten Montet, Marc Sangnier und Bioletti verübte Ueberfall der Camelots du Roi unter den Mitgliedern des alten Arbeiterverbandes große Erregung hervorgerufen. Gestern abend ist eine Anzahl Gewerkschaftsvertreter und Gewerkschaftsmitglieder von Paris und Umgebung zu einer Besprechung der Lage zusammengetreten. Es wurde einstimmig beschlossen, die faschistischen Unternehmungen mit allen Mitteln zu bekämpfen. Außerdem wurde dem Wunsche Ausdruck verliehen, sich mit allen übrigen Linksgruppen zusammenzuschließen, um zusammen gegen die royalistische Aktion vorzugehen.

Anatole France gegen die Ruhrbefreiung.

Paris, 3. Juni. Bei der heutigen Einweihung des Denkmals für den ermordeten Jaurès in Parmuz ergriff Anatole France das Wort. Er verurteilte die Ruhrbefreiung und erklärte, er sei überzeugt davon, daß eine feste und friedliche Aktion wirkungsvoller gewesen wäre und daß im übrigen die Wiederaufnahme der Geschäfte mit einem benachbarten Volk dem französischen Volk in sicherer Form zur Wohlfahrt gereicht haben würde. — Namens der belgischen Sozialisten sprach Vandervelde, der auch den Gruß der sozialistischen Internationale überbrachte.

Ein neuer französischer Gewaltakt.

Zurückhaltung des deutschen Kommunisten Hölein als „Repressalie“.

Paris, 3. Juni. Wie die Morgenblätter berichten, entschloß sich die französische Regierung, den deutschen Kommunisten Hölein provisorisch in der Haft zu behalten, um Repressalien wegen angeblicher willkürlicher Verhaftungen von Franzosen in Deutschland zu üben.

Die Reparationsfrage.

Der Reichswirtschaftsminister gegen die Lügen Poincaré's.

Berlin, 4. Juni. Der „Berliner Lokalanzeiger“ veröffentlicht ein Interview mit dem Reichswirtschaftsminister Dr. Becker, in dem sich der Minister mit den bekannten unrichtigen Behauptungen, die Poincaré jüngst in der Kammer aufgestellt und seitdem öfters im Lande vertreten hat, beschäftigt. Das Interview gilt insbesondere der Zurückweisung des Versuchs Poincaré's, das französisch-belgische Vorgehen an der Ruhr als legal und als übereinstimmend mit dem Versailler Vertrag hinzustellen. Der Minister erklärte sodann die Frage des passiven Widerstands und wies nach, wie kläglich das Ergebnis des französisch-belgischen Einbruchs ausgefallen ist.

Vor den französisch-belgischen Verhandlungen.

Paris, 3. Juni. Wie Havas mitteilt, wird Poincaré am Mittwoch vormittag in Begleitung des Finanzministers de Laforestie und des Ministers für öffentliche Arbeiten Le Trocquer zu Besprechungen mit den belgischen Ministern nach Brüssel reisen. Er wird am Donnerstag vormittag wieder in Paris eintreffen. Nach den Morgenblättern reist auch der Direktor am Quai d'Orsay, Peret della Rocca, mit. Nach den Brüsseler Korrespondenten des „Echo de Paris“ werden außer General De-goutte und dem französischen Oberkommissar in den Rheinlanden, Tirard, auch der belgische Oberkommissar Rollin-Jacquemyns und der belgische Generalstabschef, General Maglins, an den Verhandlungen teilnehmen.

Der belgische Standpunkt.

Paris, 3. Juni. Der Brüsseler Korrespondent des „Echo de Paris“ berichtet zu den bevorstehenden französisch-belgischen Besprechungen, das belgische Kabinett stehe auf dem Standpunkt, daß es diesmal nicht mehr angebracht sein würde, die neuen deutschen Vorschläge mit einem Plaidoyer zu beantworten. Wenn die Vorschläge diesmal als unannehmbar befunden würden, so würden sie nach Ansicht der belgischen Regierung durch Gegenwortschläge beantwortet werden müssen, die so klar und so praktisch wie möglich sein müßten. Wenn auch die belgische Regierung, fügt der Korrespondent hinzu, in der Befreiung des Ruhrgebietes ein Druckmittel erblicke zu dem Zweck, das Reparationsprogramm durchzuführen, so bedeute das keineswegs, daß die belgische Regierung heute geneigt sei, leichtsin das Pfand fahren zu lassen. Die von ihr in Paris angebahnte Einigung auf ein Reparatonsystem, das auf dem Ertrag verschiedener Monopole aufgebaut sei, dürfe in keiner Weise zu der Annahme führen, daß sie auf das im Ruhrgebiet selbst organisierte produktive System zu verzichten gedenke.

Eine englisch-französische Konferenz in Aussicht.

Paris, 3. Juni. Havas bestätigt die gestrige Feststellung des „Temps“, daß der englische Premierminister Poincaré noch nicht von seinem Wunsche unterrichtet habe, sich nach der Brüsseler französisch-belgischen Konferenz mit ihm in Paris über die Regelung der Reparationsfrage zu besprechen. Selbstverständlich, so fügt Havas hinzu, werde sich der französische Ministerpräsident gerne zu der Zusammenkunft bereitfinden.

„Entschlossene“ Haltung in der englischen Regierung.

London, 4. Juni. Der „Observer“ schreibt, die kommenden Wochen würden den Beginn des ernstesten und verheißungsvollsten Versuchs bringen, der je gemacht worden sei, um das fürchterliche Durcheinander der Reparationen, der interalliierten Schulden, der Ruhrfrage, der französischen Sicherheit und ähnlicher verwandter Probleme beiseite zu räumen. Die britische Regierung nehme auf die persönliche Haltung Baldwin's hin eine entschlossene Haltung ein.

